

Einmal wöchentl. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl. Postgeb. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Markt-Preise: Die eingepaltene Zeitzeile 20 S., f. Familien- u. Vereinskund., Gesuche 20 S. Die Zeit-Messamerzeile 60 mm breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstabholer 20 S., bei Ueberlieferung d. d. Post außerdem Porto- u. Zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Zelt: Josef Rothmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unbedeutlich u. d. keine übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck- und Verlags-Sozialdruckerei GmbH, Dresden-Bl. 10, Sackbühlstraße 46, Fernamt 25722, Telephon 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden • Bl. 10, Sackbühlstraße 46, Fernamt 1272 mit 22225

Von der Rentenmark zur Goldmark

Von Dr. Albert Gewelle, Berlin.

Im Interesse Deutschlands und im Interesse der Zahlungsfähigkeit gegenüber der Entente sieht das Lawe-Gutachten die Schaffung einer Goldnotenbank vor. Die Rentenmarkwährung hat zu einer Stabilität unserer Währung geführt, aber nur zu einer labilen, leicht zu erschütternden. Die neue Goldnotenbank dagegen soll Deutschland eine absolute Stabilität verschaffen. Während die Rentenbank durch hypothekarische Werte gedeckt ist, wird die neue Währung durch Gold und Devisen gedeckt sein, und zwar zu einem Viertel. Dagegen ist in bezug auf die Deckung der Girogelder noch nichts Positives vorgehen. Allem Anschein nach wird von einer Deckung abgesehen werden. Der Notenumlauf der Goldnotenbank, als deren Leiter Dr. Schacht, der jetzige Reichsbankpräsident, vorgehoben ist, soll sich auf rund 5 Milliarden Goldmark belaufen, und zwar 2,5 Milliarden neuer „Reichsmarknoten“, 1,5 Milliarden Rentenmarktscheine und 1,5 Milliarden Gold- und Silbermünzen.

Das einzige Land, welches nach Gründung der Goldnotenbank außer Deutschland die Goldwährung besitzt, sind die Vereinigten Staaten. Schweden ist trotz der Ausnahme der Einlösung der Banknoten mit Gold auf Veranlassung des schwedischen Nationalökonomischen Instituts noch nicht zur vollständigen Währung zurückgekehrt und England ebenfalls nicht. Es hofft mit Keynes, daß der Goldüberfluß der Vereinigten Staaten daselbst eine Inflation hervorzurufen wird, wodurch der Dollar automatisch auf die Parität des Pfundes sinkt. Für eine Goldwährung sind mitteln ausländische Sachverständige nicht sehr eingenommen. Unbefehdet ihrer Wissenschaftlichkeit sehen sie ganz gefühlsmäßig, oft ihnen unbewußt, die Dinge durch die Brille ihrer Nation. Von nationalen Standpunkt wägen sie Vorteile und Nachteile ab. Wir Deutsche müssen bei der Beurteilung der Materie die Frage stellen: Welche Vorteile oder Nachteile ergeben sich für die deutsche Goldwährung, solange die Vereinigten Staaten das einzige Land sind, welches eine Goldwährung besitzt?

Bekanntlich verfügen die Vereinigten Staaten ungefähr über die Hälfte des gesamten Goldbestandes der Erde. Der Goldzufluß nimmt täglich zu. Um nicht in eine Inflation hineingetrieben zu werden, verzichten die Vereinigten Staaten darauf, das ihnen zuströmende Gold als Grundlage für neue Kredite und wachsenden Notenumlauf zu benutzen. Weil das zuströmende Gold brach liegen bleibt, indem es von den Bundes-Reserven-Banken einfach eingeschlossen wird, schaffen die Vereinigten Staaten einen künstlichen Preis für das Gold und stabilisieren dadurch den Dollar ganz ohne Rücksicht auf den Goldfonds ihrer Notenbanken. Die wirtschaftlichen Vorteile dieser Goldwährung sind gleich Null, die Nachteile bedeutend. Keynes, welcher sich eingehend mit der Frage der Goldwährung beschäftigt, hat festgestellt, daß der Goldüberfluß während des letzten Jahres den Vereinigten Staaten etwa 500 Millionen Dollar gekostet hat, und zwar 150 Millionen Dollar für Zinsen und 350 Millionen Dollar für die Einlage von neuem überflüssigen Golde. Das unbenützte Gold bedeutet einen Verzicht auf Warenbezüge.

Die Vereinigten Staaten stellen ihr Gold mit Vorliebe in Form von Anleihen anderen Ländern zur Verfügung, aber nur zur Fundierung einer Goldwährung. Eine Anleihe zur Begleichung ausländischer Waren entspricht nicht ihren Intentionen, ja, würde direkt ihren vitalsten Interessen widersprechen, weil es außer allem Zweifel steht, daß die Kreditnehmer das Gold sofort in Dollar umzuwechseln, in anderen Ländern Waren einzukaufen, und dadurch der Zweck der Anleihe, der Goldzufluß, illusorisch würde. Das Endergebnis einer solchen Politik wäre die Inflation.

Deutschland erachtet jetzt eine Goldwährung. Die deutsche Notenbank muß das Gold zu einem festen Preise in Zahlung nehmen. Fortan gibt es zwei Länder mit Goldwährung, Deutschland und die Vereinigten Staaten, was zur Folge hat, daß der Goldstrom sich teilt. Es werden nun die Befürchtungen geäußert, daß durch Goldüberweisung seitens des ausländischen Großhandels in Deutschland Guthaben geschaffen werden, welche mit der Zeit, wenn Deutschland das zuströmende Gold nicht unproduktiv einschließt, die Gefahr einer Inflation in sich bergen. Eine Inflation befürchtet der englische Nationalökonom Keynes, während der schwedische Nationalökonom Cassel diese Befürchtungen nicht hegt. Cassel steht auf dem Standpunkt, daß es der klugen Politik der Vereinigten Staaten gelingen will, eine Inflation zu inhibieren. Da bedarf es wohl keines Zweifels, daß unter diesen Umständen eine Inflation für Deutschland auch nicht in Frage kommt. Bedenken können wir höchstens hinsichtlich des Diskontsatzes äußern. Bezt z. B. Deutschland den Diskont heraus, so können die Vereinigten Staaten einen beliebigen Teil ihrer übermäßigen Goldreserven nach Deutschland disponieren, ohne daß ihr eigenes Zahlungsmittel dadurch gestört wird.

Der Streit um den Vorteil oder den Nachteil einer Goldwährung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist vorläufig

Die Debatte über den Soudou-Plan

Die Schwierigkeiten im 2. und 3. Ausschuss — Ein positives Ergebnis — Trotz der Schwierigkeiten großer Optimismus — Vorausichtlich Mitte der Woche Anhörung der deutschen Vertreter und Ende der Woche Abschluß der Konferenz

Die Arbeit des zweiten Ausschusses

London, 21. Juli. (Drahtbericht.) Während der erste Ausschuss zu einer Einigung gekommen ist, hat der zweite Ausschuss trotz einer langen Nachsitzung bisher kein Ergebnis erreicht.

Ueber den Entwurf des französischen Sachverständigen Soudou hat sich eine außerordentlich lebhaft entwickelte Diskussion entwickelt. Ueber die Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Besetzung ist eine Kompromißformel, wie sie im ersten Ausschuss in viel schwierigeren Fragen gewonnen worden ist, bisher noch nicht gefunden worden. Die französischen Sachverständigen befürchten, daß die Sicherheit der Besetzungstruppen gefährdet werden könnte. Sie haben im Verlaufe der gestrigen Sitzung ausführlich den Gang der Ruhrbesetzung dargelegt. Ein positives Ergebnis wenigstens ist erzielt worden. Die aus den Vorschlägen resultierenden Einnahmen sollen nach Annahme der Besetzung einer besonderen Kommission überwiesen werden, und von dieser für die erste Jahresrate gutgeschrieben werden.

In den Verhandlungen ist klar geworden, daß die Engländer darauf dringen, daß für die Wirtschaftsräumung ein bestimmter Tag festgesetzt wird. Die Franzosen und Belgier dagegen machen die Räumung von der Erfüllung der Bedingungen, die im Plane Soudou enthalten sind, abhängig.

Paris, 21. Juli. Ueber die Arbeiten des am Sonnabend eingeleiteten Unterausschusses der zweiten Kommission, Freigabe der Pfänder, meldet der „Quotidien“: Die erste Annuität des Sachverständigenberichtes soll nicht mehr mit dem Augenblicke beginnen, wo der Plan zur Ausführung gebracht worden ist, sondern sobald die deutschen Gesetze verkündet worden sind. Der Unterausschuss wird darauf bestehen, daß die Reparationskommission die von ihm andeutungsweise genannten Zeitpunkte als endgültig festlegen und so wenig wie möglich hinausgeschoben werde. In zwei Monaten könnte dann, wie man annimmt, alles geregelt sein und im Oktober dürfte dann die deutsche Steuer- und Wirtschaftseinheit wieder hergestellt sein. Auf diese Weise dürfte es zu keinen besonderen Schwierigkeiten kommen. Uebig bleibt dann nur noch die Frage nach der Einsetzung der englischen Vertreter erklärt, daß die Einsetzung einer solchen Kommission über die Vollmacht des Ausschusses hinausginge.

In allen Kreisen der Konferenz herrscht trotz dieser Schwierigkeiten großer Optimismus. Man ist überzeugt, daß die Konferenz ihre Ziele erreichen wird. Man hofft Mitte der Woche die deutschen Vertreter hören zu können und Ende der Woche zum Abschluß der Konferenz zu kommen.

Sitzung der Premierminister

Für heute ist eine Vollsitzung der Premierminister bei Macdonald in Form eines diplomatischen Frühstücks vorgesehen. Diese Vollsitzung ist von außerordentlicher Bedeutung. Man hofft, daß die grundsätzlichen Gegensätze in verbindlicher Form geklärt werden können. Es werden bei dieser Gelegenheit die Schwierigkeiten des zweiten Ausschusses zur Sprache kommen, außerdem aber zwei weitere bedeutsame Punkte: 1. wird man über die interalliierten Schulden sprechen, 2. wie man sich zu einer deutschen Delegation verhalten soll. Im Kreise der französischen Delegation heißt es, daß Herriot bei Verhandlungen mit Deutschland der Reparationskommission eine hervorragende Rolle zuweisen und es den deutschen Delegierten unmöglich gemacht wissen will, eine Abänderung der zwischen den Alliierten vereinbarten Abmachungen zu erreichen. In englischen Kreisen wünscht man immerhin, daß die deutsche Abordnung, wenn eine solche überhaupt nach London kommt, nicht auf die Aussprache mit der Reparationskommission und der Vollziehung der Konferenz beschränkt wird, sondern daß ihr auch Gelegenheit gegeben wird, sich über die Auffassungen der einzelnen Delegationen zu orientieren.

nur ein theoretischer. Die Meinungen der Gelehrten sind oft diametral entgegengesetzt. Wir haben nicht Zeit, auf Grund unserer wirtschaftlichen Wissen und lange mit dieser Erörterung zu befassen. Für uns heißt es, sobald als möglich, eine sogenannte Friedenswährung zu schaffen. Die Motive, welche die Vereinigten Staaten bewegen, und unter die Arme zu greifen, sind für uns von sekundärer Bedeutung. Daß Amerika nicht aus Altruismus sich zu uns neigt, sondern, daß der träge Egoismus die einzige treibende Kraft bildet, ist selbstverständlich, für den Uebergang einer deutschen Währung aus dem labilen in

Der neue Geist

Die fortgesetzte Sorge der britischen Delegierten um die Gerechtigkeit

Paris, 21. Juli. Herriot machte dem Sonderberichterstatter des „Quotidien“ folgende Mitteilung: Die Arbeiten der Konferenz sind noch lange nicht beendet. Wir haben bis jetzt recht bedeutende Ergebnisse erzielt. Wir haben besonders schwierige politische Fragen gelöst. Das war eine schwere Aufgabe. Meine Mitarbeiter, die den vorausgegangenen Konferenzen beigewohnt haben, erklärten einstimmig, noch niemals sei eine interalliierte Konferenz in herzlicherem Geiste geführt worden, und niemals habe der aufrichtige Wunsch nach gegenseitigem Verständnis die Erörterung so erleichtert und ihr jede Schärfe genommen. Man hat eben alle kleinen Streitigkeiten der Eigenliebe beiseite gesetzt. Da wir Gäste Großbritanniens sind, will ich erklären, wie sehr mir die fortgesetzte Sorge um die Gerechtigkeit der britischen Delegierten auffällt. Ich habe die Ueberzeugung, daß sie sich immer mehr von dem moralischen Friedlichen (!) Geiste Frankreichs überzeugen lassen. Ich habe auch mit Freude festgestellt, daß die britische Presse die erzielten Ergebnisse freudig aufgenommen hat und ihr Vertrauen zu dem endgültigen Erfolg bekundet. Sie unterstreicht auch die Zurückhaltung bei unseren Vorschlägen auf der Konferenz. Jeden Tag erkennt die öffentliche Meinung mehr die tiefe Bedeutung des seit dem 11. Mai vollzogenen Beschlusses in der französischen Politik. Sie weiß jetzt, daß wir mit einem neuen Geist nach London gekommen sind. Darüber bin ich besonders glücklich, denn das Werk, das ich unternommen habe, ist schwierig. Ich würde es nicht fortsetzen können, wenn man meinen guten Absichten und meinem Willen nach Verständigung internationaler Zusammenarbeit und Frieden keinen Glauben schenken würde.

Die Regelung der Sanktionen

Die Handlungsfreiheit Frankreichs für Verletzungen außerhalb des Dawes-Planes

London, 21. Juli. Ueber den Stand der Arbeiten des ersten Konferenzausschusses berichtet Obermer: Der erste Konferenzausschuss hat am Sonnabend seine Beratungen beendet und ist insstande, der Konferenz einen einflussreichen Bericht zu unterbreiten. Er hat Youngs Vorschlag finanzieller anstelle politischer Garantien für die Vornahme von Reparationszahlungen und beschlossen, daß im Falle der Erklärung eines deutschen Verzuges der Generalagent für Reparationszahlungen und ein Vertreter der Vonsinhaber befragt werden, bevor Sanktionen ergriffen werden, durch welche Entscheidung die britische Delegation vollst. bedrückt ist. Der Ausschuss hat ferner beschlossen, daß wo es Verwirklichung des Dawesberichts seiner der Alliierten in ihrem Falle besondere Sanktionen ergreifen darf, während jeder der Alliierten für alle Angelegenheit, die außerhalb des Dawes-planes liegen, seine ihm durch die Artikel 17 und 18 des Anhangs II zum Teil 8 des Verfaller Vertrages gegebenen Rechte voll behält. Der Berichterstatter bemerkt dazu, es sei nicht wahrscheinlich, daß außerhalb des Dawesplanes eine Situation entstehen werde, die die Reparationen in Mitleidenhaft ziehen dürfte, weshalb die gefundene Lösung des Streitigen Punktes als befriedigend angesehen werden könne.

London, 21. Juli. Der diplomatische Berichterstatter der Sunday Times schreibt über die Beschlüsse des ersten Konferenzausschusses, die Alliierten, die Reparationskommission unter Einfluß eines amerikanischen Mitgliedes und der Generalagent für Reparationszahlungen würden hinsichtlich die Inflation bilden, die einen Verzug Deutschlands festzustellen haben werde. Nach der Verzugserklärung würden die Alliierten über die Art der anzuwendenden Sanktionen beschließen. Im übrigen seien die beschiedenen Schwierigkeiten betreffs des französischen Anspruchs auf das Recht zu einem unabhängigen Vorgehen nicht behoben.

Paris, 21. Juli. Der Sonderberichterstatter des Journal sagt, man dürfe sich keine Illusionen darüber machen, was für Bedingungen zu erfüllen seien, wenn die Ruhrbesetzung erneuert werden soll, selbst in dem Fall, daß Deutschland sämtliche Zahlungen einstellte. Zunächst dürfe das deutsche Verlangen seinen Grund nicht in einer der zahllosen Unzulänglichkeiten des Sachverständigenberichtes haben. Dann müsse eine deutsche Verfehlung offiziell festgestellt oder zum allermindesten dürfe sie von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen und dem Vertreter der Geldgeber nicht bestritten sein, und es liege auf

den stabilen Zustand aber vollkommen nebensächlich. Um in etwa von ihrem Golde befreit zu werden, ist anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten bei den jetzigen Verhandlungen für Deutschland in die Breche springen und nach Zeitungsmedien die Anleihe von Bedingungen abhängig machen werden, die mit den französischen Bedingungen nur sehr schwer vereinbar sind. Ist Deutschland erst mit den Vereinigten Staaten durch die Bande des Golde verbunden, so haben letztere ein vitales Interesse daran, bei französischen Uebergriffen ein mächtiges veto in die Wag-schale zu werfen.